

19. Jahrgang 2018, Heft 2

OST-WEST

Europäische Perspektiven



GEWALTERFAHRUNGEN

Wege zur Versöhnung

Grundlagen für ein tragfähiges Miteinander
Auschwitz als Brennpunkt der Versöhnung
Kirchliche Arbeit auf schwierigem Terrain

Impressum

Herausgeber: Renovabis, Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, Dr. Gerhard Albert, Geschäftsführer, Kardinal-Döpfner-Haus, Domberg 27, D-85354 Freising,
Tel.: 08161 / 5309-0, Fax: 08161 / 5309-11
info@renovabis.de · www.renovabis.de
und

Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Stefan Vesper, Generalsekretär, Hochkreuzallee 246, D-53175 Bonn,
Tel.: 0228 / 38297-0, Fax: 0228 / 38297-44
info@zdk.de · www.zdk.de

Redaktion: Prof. Dr. Michael Albus, Mainz (verantwortlich) · Prof. Dr. Thomas Bremer, Münster · Burkhard Haneke, Freising · Dr. Matthias Kneip, Regensburg · Dr. Christof Dahm, Freising (Redakteur vom Dienst).

Anschrift: Redaktion „OST-WEST. Europäische Perspektiven“, Renovabis, Domberg 27, D-85354 Freising
Tel.: 08161 / 5309-70, Fax: 08161 / 5309-44
owep@renovabis.de · www.owep.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung bzw. die Ansicht der Autorin/des Autors wieder und stimmen nicht unbedingt oder in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion überein.

Erscheinungsweise: 4 x im Jahr, jeweils Mitte Februar, Mai, August und November.

Bezugspreis: Einzelheft 6,50 €
Jahresabonnement 19,80 €
(jeweils zzgl. Versandkosten).

Bezugsbedingungen: Bestellungen sind an den Verlag zu richten. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn bis 15. November keine schriftliche Abbestellung erfolgt.

Verlag und Anzeigenverwaltung:
Verlag Friedrich Pustet
Gutenbergstraße 8, D-93051 Regensburg
Tel. 0941 / 92022-0 · Fax 0941/92022-330
verlag@pustet.de · www.verlag-pustet.de

ISSN 1439-2089

Inhaltsverzeichnis

Die Rechte für die Abbildung auf dem Umschlag liegen bei Shutterstock.com. – Gesamtgestaltung: Martin Veicht.

Thomas Hoppe

Authentische Erinnerung – Fundament für tragfähige Versöhnung 82

Robert Žurek

Europäische Dimension der deutsch-polnischen Versöhnung 90

Manfred Deselaers

Auschwitz – ein Ort der Versöhnung? 97

Jasna Dragović-Soso

Geschichte eines Versagens. Die Wahrheits- und Versöhnungskommission für Bosnien und Herzegowina 106

Harutyun Grigoryan

Möglichkeiten und Hindernisse von Versöhnung am Beispiel Berg-Karabach 117

Dagmar Heller

Versöhnung in Europa – Ein ökumenisches Projekt der Kirchen in Belarus, der Ukraine, Polen und Deutschland 125

Luigj Mila

„Wie können wir zu einer Versöhnung kommen?“ Albanien und seine kommunistische Vergangenheit 133

Jörg Lüer

Gewaltbelastete Vergangenheit und gesellschaftliche Versöhnungsprozesse. Überlegungen zu den Beiträgen dieses Heftes 137

Dokument

Der Sprung über die Schatten der Vergangenheit. Der Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe 1965 – der Appell der polnischen Bischöfe 2017. . . . 145

Interviews

„Heimatvertriebene sind prädestinierte Brückenbauer in ihre Herkunftsgebiete.“ Ein Gespräch mit Dr. Bernd Fabritius, dem Präsidenten des Bundes der Vertriebenen (BdV) 150

25 Jahre Renovabis – Bleibender Auftrag zur Versöhnung. Ein Gespräch mit Dr. Gerhard Albert, Geschäftsführer von Renovabis 155

Editorial

Versöhnung – was für ein Wort! Ein theologischer, ein philosophischer, ein politischer, ein religiöser Begriff. Jedenfalls ein Begriff von dauernder Aktualität an wechselnden Schauplätzen und Tatorten menschlichen Handelns oder Nichthandelns.

Die Wortgeschichte weist aus, dass Versöhnung etwas mit „Sühne“ zu tun hat. Also auch mit der Aufarbeitung roher oder subtiler Gewalt, die wir Menschen uns immer wieder antun. Wege der Versöhnung sind Geh-Versuche, der sinnlosen Gewaltpraxis die unbedingte und bedingte Bereitschaft zum Frieden entgegenzusetzen, um ein tragfähiges Miteinander zu ringen.

Wenn wir auf den gegenwärtigen Zustand der „modernen“ Welt schauen, erscheint die Bereitschaft zur Versöhnung dringender und notwendiger denn je. Davon berichtet diese Ausgabe von OST-WEST. Europäische Perspektiven. Sie konzentriert sich – dem Auftrag gemäß – auf Mittel- und Osteuropa und nimmt Brennpunkte in den Blick, an denen sichtbar wird, dass die Sehnsucht nach und der Auftrag zur Versöhnung eine lange, schmerzliche Geschichte und eine unabsehbare und manchmal auch unübersichtliche Zukunft haben: das deutsch-polnische Verhältnis, Bosnien und Herzegowina, Albanien, das ferne und unbekannte Berg-Karabach, um nur ein paar zu nennen.

Auschwitz kann dabei nicht ausgespart werden: das erratische und bleibende Gewaltsymbol menschlicher Geschichte und der bleibend abgründige Anlass, durch konkrete Erinnerung das Modell eines tragfähigen menschlichen Miteinanders zu versuchen. Immer wieder. Erinnern und versöhnen bleiben Aufträge, solange es Menschen gibt.

Wir neigen zur Gewalt. Jede und Jeder. Und wir haben – oft verschüttet – Sehnsucht nach Versöhnung. Kein Bereich bleibt dabei ausgespart. Staaten, Völker, Religionen und Gesellschaften, Personen sind damit konfrontiert. Mit dieser Ausgabe wollen wir zum Nachdenken und Handeln anregen.

Die Redaktion

Authentische Erinnerung – Fundament für tragfähige Versöhnung

Prof. Dr. Thomas Hoppe ist Professor für Sozialethik an der Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Ein Umgang mit belasteter Vergangenheit, der Versöhnungsprozesse ermöglichen will, steht vor manchen Schwierigkeiten. Zentral sind der Kampf um die „Deutungshoheit“ über das Geschehene und die Trennung der Lebenswelten von Tätern und Opfern systemischen Unrechts bzw. organisierter Gewalt. Authentisches Erinnern zielt auf die Wiederaufrichtung der verletzten Würde der Opfer und will verhindern, dass selektive Narrative einen Zustand der Unversöhntheit festschreiben.

Bald drei Jahrzehnte sind vergangen, seit es zum epochalen Umbruch in Europa kam, mit dem der Kalte Krieg endete und für den der Fall der Berliner Mauer als eines der sinnfälligsten Symbole steht. Die weltweit vielleicht gefährlichste politisch-militärische Konfrontation konnte in substanzielle Reduzierungen der Rüstungspotenziale transformiert und eine deutliche Entschärfung der politischen Spannungen erreicht werden. Viele hofften, dass damit die Gefahr eines neuen Krieges wenigstens für Europa auf Dauer überwunden werden könnte. Doch schon mit dem Ausbruch des blutigen Konflikts im ehemaligen Jugoslawien im Sommer 1991 wurden solche Hoffnungen enttäuscht.

Konkurrierende Narrative statt differenzierenden Gedenkens

In diesem Konflikt trat an die Oberfläche, was in den Tiefenschichten des kollektiven Gedächtnisses der beteiligten Parteien seit langem präsent war, auch wenn es zuvor nicht offen artikuliert werden konnte: Die Erinnerung an physische Gewalt, nicht minder aber die traumatischen Auswirkungen anderer politisch verursachter Leiderfahrungen, die man von den jeweiligen Nachbarn erlitten hatte. Die Eruption des Konflikts

in atavistisch anmutende Gewaltexzesse, die vor allem ab 1993 stattfand, bestätigte von neuem, dass eine Fortsetzung, ja Steigerung solcher Leidenerfahrungen jederzeit möglich war, wenn dies nicht durch bewusst gesetzte politische Arrangements gehemmt, im besten Fall verhindert wurde. So erklärt sich die politische Logik des Abkommens von Dayton (Ohio) aus dem Jahr 1995, mit dem dieser Konflikt „eingefroren“ wurde: Es löste die Konfliktursachen nicht, verhinderte aber dessen weitere gewaltförmige Austragung. An welche Grenzen auch dieser Versuch stieß, zeigte der internationale Konflikt um Kosovo im Frühjahr 1999.

Versöhnung lässt sich nicht durch einen einfachen Willensakt eines oder mehrerer beteiligter Akteure herbeiführen.

Diese und eine Reihe nachfolgender, ebenfalls ernüchternder Erfahrungen rieten zur Skepsis im Umgang mit der moralischen Forderung nach Versöhnung, die noch während der Umbruchzeit im Herbst 1989 von zahlreichen Stimmen erhoben worden war. Es wurde offenbar, dass Versöhnung nichts ist, was sich durch einen einfachen Willensakt eines oder mehrerer beteiligter Akteure herbeiführen lässt. Vielmehr kam es offensichtlich entscheidend darauf an, zunächst korrekt zu erfassen, worin die versöhnungsbedürftige Situation genauerhin besteht und wo ihre Ursachen liegen. Ohne den Versuch einer sorgfältigen historisch-politischen Aufarbeitung der belasteten Vergangenheit wäre es bei der Konfrontation miteinander unvereinbarer Narrative geblieben: Jede Seite hätte der anderen die Haupt-, wenn nicht die Alleinschuld für die Traumata der Vergangenheit zugewiesen und, wie der Jugoslawienkonflikt nur zu deutlich zeigte, sich aus diesem Narrativ bedienen können, um eigene Gewaltanwendung in der Gegenwart zu rechtfertigen.

Ein Kampf um die „Deutungshoheit“ für die Handlungszusammenhänge jüngster Geschichte lässt sich auch in vielen Ländern beobachten, die nach 1990 Transformationsprozesse durchlaufen haben, in denen die Grundlagen des bisherigen politischen Systems so tiefgreifend verändert wurden, dass dieses damit an sein Ende gelangte. Dabei besteht die Gefahr, dass die Verantwortlichen für politisches Systemunrecht unter den alten Verhältnissen im öffentlichen Diskurs gegenüber den noch lebenden Opfern solchen Unrechts dominieren und auf diese Weise deren fortwirkende Marginalisierung und Ausgrenzung aus der Gesellschaft bewirkt wird.

Aufarbeitung der belasteten Vergangenheit erweist sich angesichts dieser Sachlage selbst als ein moralisches Erfordernis, das gegenüber der

Aufgabe der Versöhnung prioritär sein muss, weil erst solche Aufarbeitung die Voraussetzungen für etwas schafft, worauf sich tragfähige Versöhnungsprozesse gründen lassen: die Gewinnung einer *authentischen Erinnerung*. Dazu gehört, die im Einzelnen durchaus unterschiedlichen Formen der Mitverantwortung für das in der Vergangenheit geschehene Leid in den Blick zu nehmen, wobei genau darauf zu achten ist, wie Handlungsketten, die zu katastrophalen Folgen gerade in humanitärer Hinsicht führten, entstanden und welche Interdependenzen ihren Verlauf bestimmten. Gerade im Blick auf eine längere Konfliktgeschichte lässt sich immer wieder konstatieren, dass – zu unterschiedlichen Zeiten – Opfer auch zu Tätern, Täter auch zu Opfern werden können. Zugleich darf dieser Befund nicht generalisiert werden: Zahllose Menschen fielen Gewalthandlungen zum Opfer, ohne dass bei ihnen zugleich Anteile irgendeiner Täterschaft zu verzeichnen wären; sie wurden verfolgt und ermordet allein deswegen, weil sie z. B. einer anderen ethnischen bzw. sozialen Gruppe angehörten. Eine relativistische, auf tendenzielle Gleichsetzung zielende Beschreibung der Täter-Opfer-Problematik wäre daher neues schwerwiegendes Unrecht, zudem gerade das Gegenteil einer authentischen Erinnerung. Ihr muss es stattdessen darum gehen, die Unterschiedlichkeit von tatsächlichen Verantwortungszusammenhängen jenseits von Legitimationslegenden und geschönten oder selektiven subjektiven Narrativen herauszuarbeiten.

Eine besondere Problematik im Kontext von politischem Systemunrecht liegt im Phänomen der *Verstrickung* in solche Zusammenhänge, die den beteiligten Personen teils erst im Lauf der Zeit in ihrer vollen moralischen Fragwürdigkeit bewusst wurde. Wo Verdrängungsmechanismen nicht mehr weiterhalfen, konnte es sehr schwer werden, mit einer solchen Situation auf Dauer zu leben. Gerade die Techniken der Verstrickung in Systemunrecht bedeuten einen nachhaltig schädigenden „Angriff auf die Seele“. Sie zerstören letztlich die Identität der Person als sittliches Subjekt, das den Anspruch, sich nicht an der systematischen Zerstörung Andersdenkender zu beteiligen, oft deutlich als Stimme des eigenen Gewissens vernehmen konnte.

Zäsur der Lebenswelten

Zu den lang wirkenden Folgen der Anwendung physischer, aber auch psychischer Gewalt gehört der *Verlust des Vertrauens* in diejenigen, von denen solche Gewalt erfahren wurde. Die Überlebenden von Kriegen

und Bürgerkriegen sind vielfach für ihr Leben von den Traumatisierungen gezeichnet, die durch die direkte Konfrontation mit den unterschiedlichen Erscheinungsformen organisierter Gewalt entstanden sind. Menschliche Verarbeitungsmöglichkeiten solcher Situationen haben ihre Grenzen; daraus ergeben sich zahlreiche Beeinträchtigungen im späteren alltäglichen Leben, bis hin zu manifesten Krankheitsbildern als Ausdruck einer Reaktion auf die auch körperlich gespeicherten, nicht bewältigbaren traumatischen Erinnerungen. In ähnlicher Weise kann das Leben eines Menschen durch das fortgesetzte Erleiden psychischer Gewalt geschädigt werden, wie sie im Kontext von politischer Verfolgung als einer der Ausdrucksformen systemischen Unrechts häufig ausgeübt wird. Viele Opfer solcher Verfolgungsmaßnahmen erlebten oft jahrelang andauernde Phasen von außen induzierter existenzieller Verunsicherung und starker Ängste, die ihre Selbstwahrnehmung wie ihre inneren Bilder von der sie umgebenden sozialen Welt grundlegend veränderten. Das damals Erlittene bewirkte, dass man sich auch in der Gegenwart auf Verhältnisse, die in einem herkömmlichen Sinn „normal“ zu sein scheinen, nicht mehr verlassen, ja womöglich nicht einmal versuchsweise auf sie einlassen kann – zu wenig scheint in solchen Kontexten einigermaßen sicher zu sein, dass man riskieren könnte, in ihnen zu leben, als sei man unbefangen. Menschen, die in Deutschland in den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur Verfolgungsmaßnahmen erlitten und denen es auf oft gefährvollen Wegen gelang, aus diesem Land zu fliehen, berichteten nachher übereinstimmend, fortan sei es zum wichtigsten Ziel ihres Lebens geworden, *nie wieder anderen Menschen ausgeliefert zu sein*. Alle anderen Wünsche und Interessen wurden diesem absolut prioritären Ziel nachgeordnet. Auch nach Ende der Bedrohungssituation war es für

Vielen Opfern von Verfolgung ist es nicht möglich, über das Erlittene zu sprechen.

die meisten sehr schwer und für viele von ihnen letztlich unmöglich, aus dem innerpsychischen „Überlebensmodus“ wieder herauszufinden, der ihnen in der Zeit der Verfolgung aufgezwungen worden war. Neben dem Versuch, unerträgliche Erinnerungen abzuspalten und zu verdrängen, war eine charakteristische Erscheinungsform dieser Existenzweise im Überlebensmodus, dass es den Betroffenen in der Regel nicht möglich war, über das von ihnen Erlittene zu sprechen – außer mit Menschen, von denen sie wussten, dass sie ihr Schicksal teilten.

Die kollektive Erfahrung von organisierter Gewalt wie auch von systemischem Unrecht führt deswegen zu einer *Zäsur der Lebenswelten*

bei denjenigen, die in solchen Situationen auf unterschiedlichen Seiten, zuweilen direkt einander gegenüber standen. Auch darin begegnet nochmals eine weitere Asymmetrie: Diejenigen, die für die Verursachung schwerer Traumata verantwortlich sind, können sich kaum in die Lebenssituation der Traumatisierten hineinversetzen – dies gelingt allenfalls Personen, die als Fachleute im Kontext psychosozialer Hilfsangebote ständig mit Betroffenen arbeiten, um die Folgen ihrer Traumatisierung zu lindern. Umgekehrt können sich viele der von Traumatisierungen Betroffenen noch recht gut daran erinnern, wie sich ihre Wahrnehmung von Umwelt und eigenem Selbst vor den Ereignissen anfühlte, die zur Traumatisierung führten. Attributionen verschieben sich dabei: Galt zuvor das Leben in einer durchschnittlichen bürgerlichen Zivilität als „Normalwelt“, so tritt an die Stelle dieser für das eigene Lebenskonzept grundlegenden Hypothese nun die Befürchtung, die gesuchte Normalität sei eher in der Welt des Lagers oder des Krieges anzutreffen – damit aber eine Normalität, in der zu überleben nur mit viel Glück und innerer Stärke werde gelingen können. Phasen außerhalb des Lagers oder ohne kriegsähnliche Gewaltanwendung gelten nur als vorübergehende Unterbrechung verhängnisvoller Ereignisketten, die einen – und sei es in der Form unablässiger Bedrohtheitswahrnehmung – das Leben lang festhalten.

Aus dieser Perspektive betrachtet kommt der Wunsch nach Versöhnung einer Quadratur des Kreises gleich: Aus den gleichen Gründen, weswegen man sie sich wünschen würde – nämlich dem Leiden an der Situation der Unversöhntheit und dem mit ihr verbundenen grundlegenden Vertrauensverlust –, erscheint sie zugleich als nahezu unmöglich. Der Respekt vor den von den Folgen der Gewalt Betroffenen und ihrer Lebenssituation verbietet es, diese hohe Hürde gewissermaßen durch moralischen Druck hin zu mehr Vergebungsbereitschaft zu überspringen zu suchen. Hierin liegt einer der Gründe dafür, dass es häufig erst in den nachfolgenden Generationen möglich werden kann, wieder Schritte aufeinander zuzugehen, die nicht sofort mit einem Erwartungsdruck verbunden sind, der die beteiligten Personen überfordern muss. Oft geht es zunächst darum, wechselseitig erfahren zu können, dass die Situation in der Gegenwart nicht mehr dieselbe ist wie diejenige, die den Vertrauensverlust bewirkte, auch weil die handelnden Personen meist nicht dieselben sind.

Authentisches Erinnern – Gerechtigkeit – Versöhnung

Im Blick auf diese Grundverfasstheit versöhnungsbedürftiger Situationen wird man sensibel dafür werden, wo hohle Versöhnungsrhetorik an die Stelle tatsächlichen Versöhnungshandelns tritt. Vor allem wird deutlich, dass alle Schritte, die auf das Ziel solcher Versöhnung bezogen sind oder zumindest in seinem Kontext stehen, auch dann einen Eigenwert haben, wenn die erhoffte Versöhnung bis auf weiteres aussteht. Dies gilt zuvorderst für das Bemühen um authentische Erinnerung. Sie dient wenigstens drei Zwecken:

- Zum einen geht es (wie oben dargestellt) darum, mehr Gerechtigkeit in der Gestaltung von Politik dadurch zu bewirken, dass das kollektive Erinnern vor seiner Verfälschung durch einen selektiven Umgang mit historischen Tatsachen bewahrt wird.
- Darin liegt zugleich – zweitens – ein Beitrag zu wiederherstellender Gerechtigkeit, indem sich die beschädigte Würde der Opfer von Gewalt und Systemunrecht dadurch ein Stück weit wieder aufrichten lässt, dass man ihren Erfahrungen eine Stimme gibt und sie im öffentlichen Diskurs zu Wort kommen lässt. Denn dadurch kann verhindert werden, dass sie gesellschaftlich isoliert und in ihrer Situation gefangen bleiben.
- Drittens dient authentisches Erinnern dem Ziel, die Wiederholung solcher Erfahrungen in ähnlicher Erscheinungsform in der Zukunft zu verhindern. Je gründlicher und genauer diese Bemühungen sich gestalten, um so eher werden auch die teils subtilen, teils brutalen politischen und sozialen Mechanismen erkennbar, die in Unrechtsverhältnisse hineinführen, welche, einmal etabliert, nur schwer wieder überwunden werden können. Gerade in einer Zeit, in der sich rechtspopulistische Tendenzen bis hin zu offen autoritären Politikkonzepten erneut Geltung verschaffen, lässt sich durch das Wachen der Erinnerung an die politische und soziale Wirklichkeit von Diktaturen dazu beitragen, dass Menschen gegen solche Trends widerstandsfähig bleiben.

Ein erst in jüngerer Zeit beachteter Handlungszusammenhang sollte im Bemühen um authentisches Erinnern noch stärkeres Gewicht erhalten: Viele Betroffene konnten Situationen, in denen sie physischer Gewalt oder den vielfältigen anderen Formen politischer Verfolgung ausgesetzt waren, nur überleben, weil sie Menschen begegneten, die ihnen halfen – nicht selten unter Inkaufnahme hoher persönlicher Risiken. Im